

19. VI. 1919

Keine Zwangseinquartierung.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung lag gestern eine Anfrage des Stadtn. Panschow (bürgerlich) vor, ob die Mitteilung zutrefte, daß der Magistrat größere Wohnungen ganz oder teilweise zur Unterbringung von Wohnungslasern in Anspruch nehmen wird. Namens des Magistrats antwortete Stadtgenbilus Sembrißki, daß die Wohnungsdeputation dem Magistrat empfohlen habe, bei der Stadt die Erlaubnis einzuholen, von den Hausbesitzern Auskünfte über leerstehende Wohnungen und das Recht zu deren Besichtigung durch Vertreter der Stadt zu erlangen. Der Magistrat hat schon damit begonnen, entbehrliche Teile größerer Wohnungen für Wohnungslose nutzbar zu machen und umzubauen. In 180 Fällen konnte auf diese Weise neue Wohnungsgelegenheit geschaffen werden. Die Aufstellung von Richtlinien erscheine der Deputation zurzeit noch verfrüht. Der Magistrat beschränkt sich zunächst auf gütliche Vereinbarungen mit den Hausbesitzern und verzichtet vorläufig auf Zwangsmaßnahmen.

Die Einführung von Anwesenheitsgeldern in der Höhe von Berliner Sägen wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Die Erhöhung der Besoldung der Bürohilfsarbeiter sowie die Gewährung des Mitbestimmungsrechts wurde mit den Änderungen des Ausschusses angenommen. Ferner ermächtigte die Versammlung den Magistrat, der Preisgestaltung auf dem Kohlenmarkt durch eine angemessene Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität Rechnung zu tragen und sich hierbei möglichst den Tarifen der Berliner Städtischen Werke anzupassen. Der Wasserpreis soll von Juni ab 28 Pfg. für den Kubikmeter betragen.

In der gestrigen Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst eine Petition des Mieterbundes Groß-Berlin, die Abbildung der Mieterschulden der Kriegsteilnehmer möchte von der Stadt, den Mietern und Vermietern gemeinschaftlich in die Wege geleitet werden, dem Magistrat als Material überwiesen. Im übrigen war die Sitzung zum größten Teil ausgefüllt von einer langwierigen Unterhaltung über die Frage, ob den Stadtverordneten nach dem Vorgang in Berlin eine Entschädigung für die Sitzungen und freie Fahrt zu gewähren sei. Schon im Finanzausschuß war über diese Frage stundenlang verhandelt worden. Die Abstimmung über die zahlreichen, hierzu vorliegenden Anträge hatte schließlich das Ergebnis, daß ein Antrag Lewinskis, der den Stadtverordneten lediglich freie Fahrt innerhalb Wilmersdorfs bewilligt, angenommen wurde.

In der heute abend stattfindenden Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sollen verschiedene Anträge beraten werden. Der Stadtv.-Vorsteher wird über die Ausschußberatungen des Antrages der Stadtv. Friedenthal, Cassel u. Gen. über die Einrichtung eines Städt. Pflegeamtes für sittlich gefährdete Mädchen berichten. Dann sollen Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, über Ausdehnung der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene beraten, die Bezüge der Berliner Feuerwehrmänner um 880 M. erhöht werden. Ferner werden sich die Stadtverordneten mit der Ueberlassung von Turnhallen, Schulfestsälen usw. zu Versammlungen und Vorträgen beschäftigen und den Erwerb mehrerer Grundstücke auf dem Wedding in den Kreis ihrer Beratungen ziehen. Zur Ausführung von Noistandsarbeiten durch die städt. Parkverwaltung sollen 1½ Millionen Mark bewilligt werden. Außerdem liegen Vorlagen und Anträge vor über die Fortführung der Arbeit des Nationalen Frauendienstes, über Abänderung der Baupläne für die Nord- und der A. G. Schnellbahn Gesundbrunnen-Neufeld, über den Schleichhandel mit Wohnungen, über die Gewährung besonderer Kinderzulagen neben dem Gehaltszuschlag.